

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

"Islamisches Emirat"

Der Taleban-Sender 'Radio Scharia' berichtete, daß die Bewegung den bisherigen 'Islamischen Staat Afghanistan' in 'Islamisches Emirat' umbenannt habe. Diese Namensänderung spiegele die Auffassung von Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar wider, der sich Amir ul-Momenin (Oberhaupt der Gläubigen) nenne. Bisher hatten die Taleban es stets bestritten, daß sie nach staatlicher Macht strebten.

Blauhelm-Abzug?

In einem Bericht für den Weltsicherheitsrat soll UN-Generalsekretär Kofi Annan den Abzug der Blauhelme aus Afghanistan als eine Option erwogen haben. Alle Friedensbemühungen der UN seien ergebnislos geblieben, zitierte die Dritte-Welt-Nachrichtenagentur IPS am 1. Dezember aus dem Bericht, eine Fortführung der kostspieligen Friedensmission sei angesichts der Stagnation kaum noch zu rechtfertigen. Es gebe keinerlei Anzeichen für eine positive Entwicklung bei den Konfliktparteien. Allerdings, so Annan, vermisse er auch die Initiative der internationalen Gemeinschaft in Sachen Afghanistan.

Taleban-Unterstützung keine US-Politik

"Es gab einige US-Offizielle, die die Siege der Taleban wohlwollend betrachteten", erklärte der US-amerikanische Afghanistan-Spezialist Barnett Rubin am 4. Dezember bei einem Vortrag an der Berliner Humboldt-Universität, "aber das ist nicht die dominierende Betrachtungsweise in der US-Regierung". Washington unterstütze aber auch nicht "die andere Seite", weil dort Iran mitmische. Außerdem habe es keine materielle US-Unterstützung für die Taleban gegeben. Für die USA sei Afghanistan "ein zweit- oder dritrangiger Konflikt" und man könne nicht erwarten, daß Washington dort "wie in Korea 55 Millionen Dollar" hineinpumpe. Aber es sei zu verzeichnen, daß wegen der offenen "Frauenfragen" US-Frauengruppen sich des Themas Taleban annähmen und Druck auf die Regierung ausübten.

Hingegen finanziere Saudi-Arabien direkt die Religionspolizei der Taleban. De-

ren Haupteinnahmequelle sei der Transithandel vor allem zwischen den Golfemiraten und Pakistan mit elektronischen Gütern, den er auf 2,5 bis 3 Milliarden US-Dollar im Jahr bezifferte. Der werde von Pakistan nicht besteuert, wohl aber von den Taleban. Der Primärkonflikt in Afghanistan bestehe aber zwischen Pakistan und Iran, so Rubin, der von sunnitisch-schiitischen Gegensätzen überlagert werde. Dies werde auch an den sektiererischen Morden in Pakistan deutlich.

Rubin zitierte ebenfalls aus dem Afghanistan-Bericht von UN-Generalsekretär Kofi Annan. Darin sei UN-seitig erstmals Klartext geredet worden. Unter anderem heiße es, daß die afghanischen Warlords "systematisch und anhaltend" alle Friedensanstrengungen unterminierten und die UN-Bemühungen solange ergebnislos bleiben, wie die Regierungen der Nachbarstaaten nicht ihren Einfluß auf die afghanischen Fraktionen geltend machen würden. Rubin nannte Versuche der UN als "fehlgelitet", in Afghanistan eine Regierung auf breiter Basis etablieren zu wollen, weil es in Afghanistan "keinen Staat" gebe, "der regiert werden könnte". Dies liefere im Gegenteil allen Seiten eine zusätzliche Begründung, um die Einnahme der Hauptstadt Kabul zu kämpfen. Stattdessen müsse der militärische Konflikt schrittweise deeskaliert und zu einem de-facto-Waffenstillstand hingeführt werden. Ein allgemeines Waffenembargo gegen Afghanistan bezeichnete er als unrealistisch. Realistischer sei eine "Reduzierung" des Nachschubs an Waffen, Treibstoff, Munition und Geld. Eine Rückkehr zum Vorkriegs-Afghanistan hält Rubin für unwahrscheinlich: Das Land sei heute "eine sehr junge Gesellschaft, dominiert von jungen Leuten, die das alte Afghanistan nicht mehr kennen". Der gut 40jährige Ahmad Schah Massud sei der einzige ältere Politiker, der heute noch Einfluß habe. Er warnte davor, die Taleban als "rückständige, isolierte Gruppe von Paschtunen" zu betrachten. Die Bewegung sei sehr heterogen, und das Netzwerk der Muslimbrüder "nicht das einzige internationale islamische Netzwerk". Etwa zehn Prozent der Taleban seien heute Pakistani, die sich in drei Gruppen unterteilten: Absolventen von Madrasas, "extremistische Sunniten mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund" und "wohl auch einige pakistanische Militärbereiter". Außerdem gebe es einen

ethnisch-nationalistischen Flügel, der der afghanischen "sozialdemokratischen" (und großpaschtunischen) Partei 'Afghan Millat' (Afghanische Nation) nahestehe. 'Afghan Millat' wird mitunter als "faschistisch" bezeichnet, weil ihr inzwischen verstorbener Begründer Ghulam Muhammad Farhad Sympathien für Nazideutschland hegte, wo er studiert hatte.

Größte Flüchtlingsbevölkerung

Seit 17 Jahren sind die Afghanen ununterbrochen die größte Flüchtlingsbevölkerung der Welt. Von 1985 bis 1990 stellten sie kontinuierlich knapp die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit. Dies teilt das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) im Oktober-Heft seiner Zeitschrift 'Flüchtlinge' mit, das ausschließlich dem Thema Afghanistan gewidmet ist. Zum 1. Januar 1997 lebten noch immer 2,7 Millionen afghanische Flüchtlinge in der Region, die meisten von ihnen im Iran (1,4 Mio.) und in Pakistan (1,2 Mio.), außerdem in Usbekistan (30.000), Rußland (20.000), Indien (19.000), Turkmenistan und Kasachstan (je 2.000) sowie Tadjikistan und Kirgistan (je 1.000). Dazu kommen nach groben Schätzungen nochmals 1,3 Millionen Binnenvertriebene in den letzten fünf Jahren. Zwischen 1988 und 1997 sind im Gegenzug fast 4 Millionen Afghanen in ihre Heimat zurückgekehrt, davon 2,61 Millionen aus Pakistan und 1,33 Millionen aus dem Iran.

Tadjikistan-Flüchtlinge zurückgekehrt

Die letzten 250 von ursprünglich 60.000 tadjikischen Bürgerkriegsflüchtlingen haben Afghanistan am 14. November verlassen, berichtete das UNHCR in Genf. Die UN sei über den erfolgreichen Abschluß der Repatriierung erleichtert, hieß es, weil die Region, in der sich das letzte Flüchtlingslager befunden habe, instabil und bei Kämpfen im September zwischen die Fronten geraten sei. Im Juli war in Afghanistans Nachbarland Tadjikistan ein Versöhnungsabkommen abgeschlossen worden.

"Antikommunistische" Säuberung

In der öffentlichen Verwaltung Afghanistans haben die Taleban am 15. November mit einer massiven Säuberungsaktion begonnen, berichtete die in Paki-

stan ansässige Nachrichtenagentur AIP unter Berufung auf Kreise in der ultraislamistischen Bewegung. "Alle, die für ihre Aktivitäten als Anti-Mujahedin während der kommunistischen Regierung ausgezeichnet wurden oder in der früheren Sowjetunion beziehungsweise in den mit ihr verbündeten Staaten studiert haben, werden ausgeschlossen", hieß es dort. 2.000 Personen seien deshalb bereits in den vorangegangenen zwei Monaten aus der Kabuler Verwaltung entlassen worden. Auch die Provinzverwaltungen von Nangrahar, Kunar und Laghman sollen gesäubert werden. Beobachter vermuten, daß davon auch Personen betroffen sein könnten, die zwischen 1978 und 1992 lediglich im Beamtenapparat weitergearbeitet hätten.

Rückzugsgebiet Afghanistan

Ägyptische Sicherheitsexperten haben nach dem Anschlag islamistischer Terroristen auf Touristen in Luxor, vom 17. November, Afghanistan beschuldigt, indirekt in das Blutbad verwickelt zu sein. Die rund 1.000 Kämpfer der 'Gamaa al-islamiya' (Islamische Gruppen), die den Anschlag verübt hatten, würden von ehemaligen ägyptischen Afghanistan-Kämpfern ausgebildet. Ihre wichtigsten Auslandsbüros befänden sich in Afghanistan, wo sich auch die beiden Exilführer der Organisation aufhielten, sowie in Pakistan.

EU: "Geschlechter-Apartheid"

Die EU-Außenminister sprachen sich am 24. November in Brüssel für eine Überprüfung der internationalen Hilfsaktionen auf etwaige geschlechtsspezifische Diskriminierung für Afghanistan aus. Sie forderten in diesem Zusammenhang die Taleban auf, die Rechte der Frauen zu respektieren. Zuvor hatte EU-Menschenrechtskommissarin Emma Bonino von ihrer Afghanistan-Reise im September berichtet, bei der sie mehrere Stunden lang von den Taleban festgenommen worden war. Sie bezeichnete die Taleban-Herrschaft als "Geschlechter-Apartheid" und schlug vor, den Internationalen Frauentag am 8. März 1998 den Frauen in Afghanistan zu widmen. Bundesaußenminister Klaus Kinkel nannte die Zustände in Afghanistan als "unhaltbar". Kurz darauf teilte das Internationale Rote Kreuz in Genf mit, daß die Taleban-Ministerien für Äußeres und Gesundheit "vor einigen Tagen" wieder alle 22 Krankenhäuser der Stadt für Frauen geöffnet hätten. Im September hatten die Taleban alle Hospitäler mit einer Ausnahme, in der nur 120 Betten und keine Chirurgie bereitstand, für weibliche Patienten geschlossen und auch das

weibliche Personal nach Hause geschickt. Einem Bericht des 'Spiegel' zufolge, kam dadurch Anfang November ein vierjähriges Mädchen um, das von einem Taleban-Jeep angefahren und in der Notaufnahme einiger Krankenhäuser abgewiesen worden war.

Polio-Brennpunkt Afghanistan

Wenn das Ziel erreicht werden sollte, die Kinderlähmung (Polio) bis zum Jahr 2000 auszurotten, dann müsse die Weltgemeinschaft vor allem für Bürgerkriegsländer zusätzlich 60 Millionen Mark bereitstellen, erklärten am 24. November die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das UN-Kinderhilfswerk UNICEF in Genf. Im Kampf gegen die Viruskrankheit spiele Afghanistan eine Schlüsselrolle. Wie bereits in vergangenen Jahren, riefen die Organisationen die kriegsführenden Parteien zu einer mehrtägigen Waffenruhe auf, um eine Impfkampagne durchführen zu können. Polioviren, die auch in Europa aufgetaucht seien, ließen sich epidemiologisch bis nach Afghanistan zurückverfolgen, hieß es.

Kein Waffenembargo?

Im Vorfeld des achten Gipfeltreffens der 'Organisation Islamische Konferenz' (OIC), das am 9. Dezember in der iranischen Hauptstadt Teheran begann, konnten sich die Außenminister der 55 Mitgliedsstaaten nicht auf ein Waffenembargo gegen Afghanistan einigen. Dies hatte Pakistans Außenminister angeregt. Er erklärte, es sei besser, Nahrungsmittel statt Waffen nach Afghanistan zu schaffen. Ähnliche Vorschläge Pakistans waren bereits zuvor u.a. von Gipfelgastgeber Iran abgelehnt worden, da die 1.800 Kilometer lange afghanische Grenze mit Pakistan nicht zu überwachen sei und Pakistan seine Unterstützung der Taleban trotzdem fortsetzen könne. Der Platz von OIC-Mitglied Afghanistan sollte weder von den Taleban noch von der vertriebenen Rabbani-Regierung eingenommen werden.

"Grundsätzlich" kein Asylanspruch

Afghanen - und damit auch Flüchtlinge aus anderen Bürgerkriegsländern - haben "grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland". So urteilte am 4. November der neunte Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin. Politische Verfolgung im Sinne des Asylrechts liege nicht vor, solange in einem Bürgerkrieg verfeindete Machthaber um das Land kämpften und der Untergang eines jeden der bestehenden Herrschaftsbereiche möglich sei, hieß es in der

Urteilsbegründung im Falle zweier Afghanen, die gegen die Ablehnung ihres Asylantrags geklagt und in niederen Instanzen Recht bekommen hatten. Aktionen solcher Machthaber, so das Gericht weiter, könnten nicht als staatliche Verfolgung gelten. Asylrecht schütze nicht vor den Folgen von Bürgerkriegen, und deshalb könnten Bürgerkriegsflüchtlinge in der Regel kein Asyl erhalten. Nach deutschem Recht habe ein Bürgerkrieg für Asylverfahren ähnliche Bedeutung wie eine große Naturkatastrophe. Die Bundesrichter hoben damit die Urteile aus dem Sommer 1996 auf, als die Verwaltungsgerichtshöfe von Hessen und Bayern festgestellt hatten, daß politische Verfolgung nicht zwangsläufig von einer gesamtstaatlichen Macht ausgehen müsse. Im Falle Afghanistans gebe es in allen Machtzonen "staatlich bzw. staatsähnlich verfaßte Gemeinwesen", die durchaus politische Verfolgung ausüben könnten. Immerhin müssen die beiden Afghanen - ein ehemaliger Offizier der Luftstreitkräfte und ein ziviler Funktionär der bis 1992 regierenden 'Demokratischen Volkspartei Afghanistans', nicht mit einer Abschiebung rechnen. Sie erhielten Bleiberecht, weil sie bei einer eventuellen Rückkehr in allen Teilen Afghanistans ihres Lebens nicht sicher sein könnten.

Das UNHCR kritisierte das Urteil, weil es den Flüchtlingsbegriff "zu eng" auslege. Damit werde der im allgemeinen positive Trend der Aufnahme afghanischer Flüchtlinge in Deutschland gestoppt, hieß es in Genf. Amnesty international erklärte, Gegner der Taleban seien auch dann bedroht, wenn die Taleban keinen offiziellen Regierungsrang bekleideten. Laut UNHCR beantragten im ersten Halbjahr 1997 3.203 Afghanen in Deutschland Asyl.

UN befürchtet Hungersnot

Die Taleban blockieren seit vier Monaten nach UN-Angaben die wichtigsten Straßen im zentralafghanischen Hochland, des Hazarajat mit etwa 1,2 Millionen Einwohnern, die von Süden in das Gebiet hineinführen, und verursachen dadurch die Gefahr einer Hungersnot. Das Welternährungsprogramm (WFP) erklärte, dadurch seien 160.000 Menschen akut vom Hungertod bedroht. Laut 'Frankfurter Rundschau' habe es in diesem Jahr im Hazaradshat eine Mißernte gegeben. Statt des "normalen" Defizits von 3.000 Tonnen fehlten in diesem Winter dort 16.000 Tonnen Weizen. Taleban erklärten, sie seien nicht gegen Nahrungsmittellieferungen für die notleidenden Menschen, die Vereinten Nationen müssten nur garantieren, daß sie nicht an die Gegner verteilt würden.